

Juni 2024

# Ingrid Pahlmann

## MdB

### Neues von Ihrer Abgeordneten

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe  
Freundinnen und Freunde aus dem  
Wahlkreis Gifhorn-Peine,**

am Sonntag, den 09. Juni können Sie entscheiden, in welche Richtung Europa sich entwickelt. Diese Wahl wird umfassende Konsequenzen auch für Deutschland haben. Schaffen wir es, eine bürgerliche Politik für Europa zu etablieren oder erleiden wir 5 Jahre Ampelpolitik in Brüssel und Straßburg.

**Auf Sie und Ihre Stimme kommt es dabei an. Bitte gehen Sie wählen und nehmen Sie noch Ihre Familie und Ihre Nachbarn mit. Überzeugen Sie sie von der hervorragenden Arbeit unserer Europaabgeordneten Lena Düpont und davon, das Kreuz bei der CDU zu machen!**

Deutschland braucht ein starkes Europa, zurzeit mehr denn je. Und Europa braucht ein starkes Deutschland. Damit das wieder so wird, arbeiten wir weiterhin mit aller Kraft an einem Politikwechsel.

Dass dieser dringend notwendig ist, zeigt die Ampel jeden Tag!



Infos zu meiner Arbeit in Berlin sowie spannende Themen und Anträge finden Sie in meinem Newsletter. Bitte beachten Sie auch die Veranstaltungshinweise!

**Ich wünsche viel Spaß beim Lesen  
und freue mich auf Ihre  
Reaktionen!**

**Herzliche Grüße, Ihre und Eure**

A handwritten signature in black ink that reads "Ingrid Pahlmann". The signature is written in a cursive style with a long horizontal line extending to the right.

# Regierungserklärung zur aktuellen Sicherheitslage



Der grausame, mutmaßlich islamistisch motivierte Terroranschlag in Mannheim und der Mord an einem jungen Polizisten schockieren Deutschland. Wir sind zutiefst betroffen vom Tod des Polizisten Rouven L. und sprechen den Angehörigen unser Mitgefühl aus. Wir hoffen überdies auf die schnelle Genesung der weiteren Opfer des hinterhältigen Messerangriffs.

Diese heimtückische Tat fällt in eine Zeit, in der die Sicherheitslage im Inneren wie im Äußeren ohnehin bereits angespannt ist. Die Straßekriminalität explodiert, die politisch motivierte Kriminalität ist in vielen Bereichen sprunghaft angestiegen. Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte, aber auch auf Ehrenamtliche und Politiker nehmen zu. Die irreguläre Migration ist nicht gestoppt. Dies alles verunsichert die Bürger und trägt zu einer Polarisierung in der Gesellschaft bei. Die Bürger verlieren das Vertrauen in die Reaktionsfähigkeit der Bundesregierung, diesen Entwicklungen Einhalt zu gebieten.

Es braucht jetzt schnelles Handeln und sichtbare, wirksame Ergebnisse. Die Zeit des bloßen „Warnens“ und „Verurteilens“ ist vorbei. Zuerst: Die Bundesregierung muss die Bekämpfung des Islamismus und des politischen Islam wieder in den Vordergrund drücken. Die Bundesregierung hat tatenlos dabei zugesehen, wie ein immer größeres, immer radikaleres islamistisches Milieu in unserem Land heranwächst. Kalifat-Demos sind nur eine Seite dieser Gefahr. Welche konkreten Maßnahmen jetzt ergriffen werden müssen, haben wir in unserem Antrag **„Den politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie jetzt wirksam bekämpfen“** dargelegt. 26 Forderungspunkte haben wir in dieser Woche erneut im Plenum beraten – inklusive einer namentlichen Abstimmung. Darüber hinaus braucht es eine echte Wende in der Asylpolitik. Auch wenn die Bundesregierung einen anderen Eindruck vermitteln will: Die Migrationskrise ist nicht gelöst, die Ampel agiert weiter viel zu zögerlich. Zu den zahlreichen notwendigen Maßnahmen zählt eine Verschärfung der Abschiebungs- und Gewahrsamsregeln für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien müssen für Straftäter und Gefährder aufgenommen werden. Und schließlich: Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die Politik müssen sich ohne Wenn und Aber hinter unsere Polizei stellen, die tagtäglich für unseren Schutz und unsere Sicherheit auf der Straße ist. Das strukturelle Misstrauen gegen Polizeibeamte, das sich wie ein roter Faden durch die Politik der Ampel-Koalition zieht, muss ein Ende haben.



## **Untersuchungsausschuss "Habeck-Akten"**

Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führten im Jahr 2022 zu einer Energiekrise. Bundesminister Habeck beteuerte, einen möglichen Weiterbetrieb der Kernkraft in Deutschland ergebnisoffen prüfen zu wollen. Anfang März 2022 veröffentlichten die federführenden Bundesministerien von Robert Habeck und Steffi Lemke einen „Prüfvermerk“, in welchem ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke rigoros abgelehnt wurde. Zu den Hintergründen dieser Ablehnung hat Bundesminister Habeck die Herausgabe von Unterlagen lange verweigert. Journalisten haben vor Gericht die Herausgabe schließlich erzwungen. In einem nunmehr öffentlich gewordenen Vermerk des Bundesumweltministeriums zeigte die Fachebene auf, unter welchen Voraussetzungen ein kurzzeitiger oder ein langzeitiger Weiterbetrieb der verbliebenen drei Kernkraftwerke möglich und mit der nuklearen Sicherheit verträglich wäre. Zugleich wies die Fachebene des Bundeswirtschaftsministeriums im März 2022 die wichtig gewesene Rolle der Kernkraft bei der Energiepreisentwicklung und der Versorgungssicherheit nach.

Bisher ist auch durch weitere auf Nachfrage übermittelte Unterlagen nicht erkennbar, dass zur Prüfung ein strukturierter Erörterungs- und Meinungsbildungsprozess mit den Ländern stattfand, der bei der im föderalen Gefüge eng verzahnten Wahrnehmung der Atomaufsicht unabdingbar gewesen wäre. Es ist ferner nicht klar, ob die Reaktorsicherheitskommission und die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit eingebunden waren. Ein Austausch mit anderen EU-Mitgliedstaaten und Nachbarstaaten sowie Institutionen der EU ist offensichtlich ebenfalls nicht erfolgt.

Die uns vorliegenden Informationen drängen die Schlussfolgerung auf, dass die Bundesregierung in einer entscheidenden Frage unserer nationalen Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich nach der Logik grüner Parteipolitik entschieden hat. Fachliche Erwägungen aus der Arbeitsebene der zuständigen Ministerien wurden von der politischen Führung bewusst ignoriert und teilweise verfälscht. Anscheinend gibt es ein grünes System, das Parteiideologie über die Interessen des Landes stellt. Inwieweit das in Kenntnis oder Unkenntnis oder gar auf Weisung oder mit Billigung der Führung des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesumweltministeriums stattgefunden hat, gilt es zu klären.

Die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, wie die Entscheidungsprozesse der Bundesregierung in einer Lage von Krieg in Europa zu einer Frage der nationalen Energiesicherheit gelaufen sind bzw. beeinflusst oder gesteuert waren. Weiterhin ist zu klären, ob es von der politischen Führung in den betroffenen Ministerien bewusste Einflussnahmen gegeben hat, um der Öffentlichkeit das Ergebnis einer fachlichen Prüfung vorzuenthalten und die Öffentlichkeit damit falsch zu informieren. Ferner stellt sich die Frage, ob durch die Art der Aktenführung und Entscheidungsdokumentation eine Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrollfunktion des Parlaments erschwert oder unmöglich wird.

Die Bundesminister Robert Habeck und Steffi Lemke haben bisher die Gelegenheit verpasst, die Vorgänge in ihren Ministerien und vor allem auch ihre eigene Rolle transparent und vollumfänglich aufzuklären. Seit Veröffentlichung der Habeck-Akten haben wir alle parlamentarischen Instrumente ausgeschöpft, um Licht in diesen intransparenten Vorgang zu bringen. Viele Fragen sind unbeantwortet geblieben, zugesagte Unterlagen wurden nur lückenhaft übersandt, entsprechende Belege nicht geliefert. Deshalb beantragen wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Habeck-Akten“.

---

## **Berufsorientierung strukturieren - Berufliche Bildung reformieren - Zukunft sichern**



Deutschland ist auf gut qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Sie sind Garanten für Wachstum und Wohlstand. Der beruflichen Bildung und insbesondere der dualen Ausbildung kommt hierbei eine tragende Rolle zu. Sie ermöglicht den Übergang vom allgemeinen Schulsystem in die Arbeitswelt. Die berufliche Bildung sichert den Fachkräftenachwuchs, stärkt die Wirtschaft und trägt zu Teilhabe und Integration junger Menschen bei.

Die Berufsorientierung in Deutschland ist auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene in vielen unterschiedlichen Programmen und Maßnahmen organisiert. Zentrale Herausforderung ist die noch unzureichende Verzahnung bestehender Programme der Berufsorientierung. Parallelstrukturen und mangelnde Transparenz über bestehende Angebote tragen nicht zu einer höheren Reichweite bei.

Wichtig ist zudem ein strukturierter Prozess individueller und praxisorientierter Berufsorientierung, der im Rahmen einer Potenzialanalyse frühzeitig Neigungen und Talente identifiziert. Im Rahmen dieses frühzeitig beginnenden, strukturierten Prozesses kann zudem sichergestellt werden, dass bestehende Stereotype abgebaut und zum Beispiel Mädchen stärker für MINT-Berufe begeistert werden. Der Einsatz pädagogisch sinnvoller, digitaler Tools kann maßgeblich dazu beitragen, auf die individuelle Situation junger Menschen einzugehen und passgenaue Perspektiven aufzuzeigen.

Um die Attraktivität der beruflichen Bildung zu steigern, ist die Anerkennung der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Qualifikationen erforderlich. Ein wesentliches Mittel dazu bietet der seit 2013 geltende Deutsche Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (DQR), der auf einem breiten Konsens zwischen Bund, Ländern, Wirtschafts- und Sozialpartnern beruht. Auch darüberhinausgehende Maßnahmen zur Entbürokratisierung, Modernisierung und für mehr Attraktivität der Ausbildungsangebote müssen umgesetzt werden.

Die Forderungen im vorliegenden Antrag wurde mit Vertretern aus Wirtschafts- und Sozialverbänden abgestimmt und erhielten sehr viel Zuspruch.

[Unseren Antrag zum Thema finden Sie hier!](#)

---

## **Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen**



© UNICEF/JUN1371518/Chol

Ebenfalls in dieser Woche haben wir den von der Bundesregierung kurzfristig eingebrachten „Entwurf eines Gesetzes zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen“ verabschiedet. Als Union haben wir dem zugestimmt, da damit die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu dem von uns 2017 initiierten „Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen“ umgesetzt werden und nur so kurz vor knapp verhindert werden konnte, dass Kinderehen in Deutschland wieder anerkannt werden müssen.

Es ist politisch fahrlässig, in einer gesellschaftsrelevanten Frage wie der Kinderehe, sich nicht früher mit dem Thema befasst zu haben. Innerhalb kürzester Zeit wurde die parlamentarische Befassung durchgepeitscht, berechtigte Änderungswünsche der Experten wurden auch im Änderungsantrag der Ampel nicht umgesetzt. Die für mich als Berichterstatterin entscheidenden Punkte haben wir als Union daher in einem Entschließungsantrag formuliert, den man hier nachlesen kann.

Das Signal muss erhalten bleiben: In Deutschland werden Kinderehen nicht toleriert und wer zu uns kommt, muss sich dessen bewusst sein!

---

# Familien steuerlich stärken -

## Von der Kinderbetreuung bis zur Seniorenpflege



Familien leisten jeden Tag Großartiges – für die eigenen Familienangehörigen, wie für unsere Gesellschaft. In Familien wächst Gemeinsinn und Solidarität zwischen Jung und Alt. Eltern sind unersetzbar für ihre Kinder. Ihre Zeit und Zuwendung schaffen Bindung und Mut für das ganze Leben. Auch machen Kinder ihre ersten, entscheidenden Lernerfahrungen in der Familie.

Doch Familie läuft nicht von selbst. So schön und erfüllend ein Leben mit Kindern ist, so anspruchsvoll ist die Erziehung. Es bedarf stetiger Bemühungen um die Familie und die Bedürfnisse aller Familienmitglieder.

Auch wenn Frauen und zunehmend auch Männer sich um Betreuung und Erziehung kümmern, wünschen sich viele mehr Zeit zur Verwirklichung ihrer persönlichen wie beruflichen Ziele. Auch wenn mittlerweile 47 % aller Beschäftigten Frauen sind, arbeitet jede zweite Frau in Teilzeit. Oft kann die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur auf diese Weise besser oder überhaupt gewährleistet werden.

Aus staatlicher Sicht gilt es, alle Eltern und Kinder dabei zu unterstützen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es für uns entscheidend, die Wahlfreiheit zu fördern. Gerade in den ersten Lebensjahren ihres Kindes und den letzten Lebensjahren ihrer nahen Angehörigen wollen sich viele Menschen mehr Zeit für ihre Liebsten nehmen. Wir wollen Familien dabei unterstützen. Manchmal hilft es dabei, Tätigkeiten die auch gut von anderen übernommen werden können, auf Dritte zu übertragen. Dies setzt aus unserer Sicht eine verbesserte steuerliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen voraus. Dies beinhaltet sowohl die steuerliche Förderung der Betreuung von Kindern als auch die von zu pflegenden Angehörigen. So sind derzeit z.B. nur die Leistungen des Arbeitgebers zur kurzfristigen Betreuung von Kindern bis zum 14. Lebensjahr und pflegebedürftigen Angehörigen steuerfrei; Leistungen zur dauerhaften Betreuung indes nur von nicht schulpflichtigen Kindern. Dies wollen wir u.a. angleichen.

[Unseren Antrag dazu finden Sie hier!](#)

---

# **Arbeitszeit flexibilisieren - Mehr Freiheit für Beschäftigte und Familien**



Durch die Veränderungen der Arbeitswelt und verbesserte digitale Gegebenheiten haben die Möglichkeiten zur Nutzung flexibler Arbeitszeiten in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Die Flexibilisierungserfahrungen während der Corona-Pandemie haben diesen Trend noch verstärkt. Zunehmend mehr Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und auch Arbeitgeber haben den Wunsch, flexible Arbeitszeiten noch stärker als bisher zu nutzen. Denn eine individuelle Einteilung der Arbeitszeiten trägt erheblich zur Zufriedenheit am Arbeitsplatz bei und hilft gerade Familien mit kleinen Kindern und zu pflegenden Angehörigen bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das deutsche Arbeitszeitgesetz legt einen Acht-Stunden-Tag pro Werktag als Regel fest. Flexibilität ist dadurch nicht in dem Ausmaß möglich, wie es sich viele Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Unternehmen wünschen. Die Möglichkeit zur Einführung flexibler wöchentlicher Arbeitszeiten besteht. Dabei ist sogar eine wöchentliche Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden möglich (Art. 22). Diverse europäische Länder, wie beispielsweise Österreich, Dänemark, die Niederlande, Irland, Tschechien und Slowenien nutzen bereits die Flexibilisierungsmöglichkeiten der EU-Arbeitszeitrichtlinie und haben flexible wöchentliche anstelle starrer täglicher Arbeitszeiten eingeführt.

Die Ampel-Regierungskoalition hat ebenfalls den Wunsch der Bevölkerung nach flexibleren Arbeitszeiten erkannt. Daher hatte sie im Koalitionsvertrag vereinbart, noch im Jahr 2022 Regelungen einzuführen, mit denen flexiblere Arbeitszeiten möglich wären. Bisher hat die Bundesregierung jedoch keinen Gesetzentwurf vorgelegt. Die Bundesregierung ist über ein Jahr im Verzug mit ihren eigenen Plänen. Der eigene Koalitionsvertrag wird nicht erfüllt.

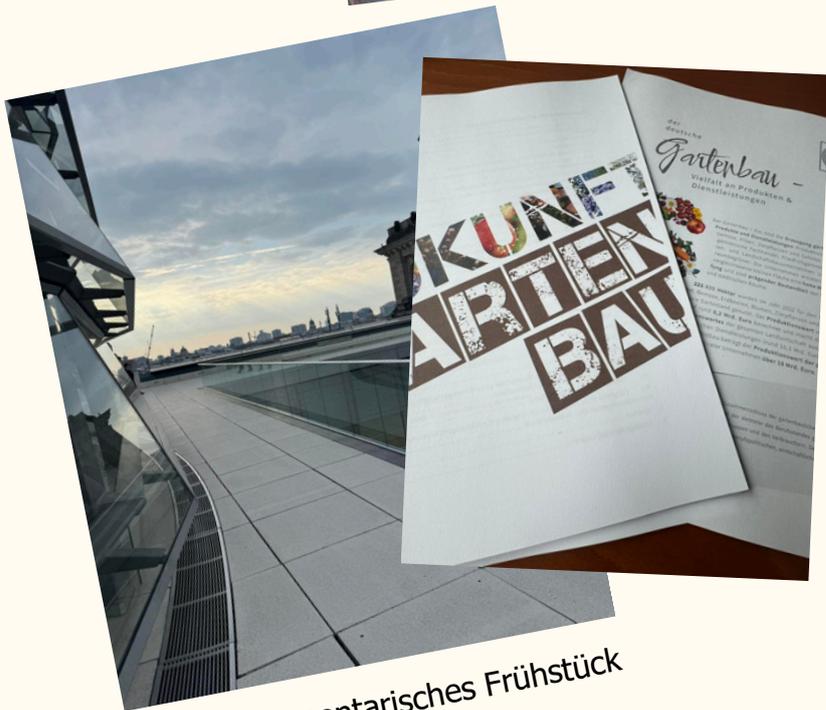
Deshalb ist es Zeit, den Wünschen der Beschäftigten und Unternehmen nachzukommen und flexiblere Arbeitszeiten zu ermöglichen, die Spielräume des EU-Rechts sollten dabei ausgenutzt werden. Der hohe deutsche Arbeitsschutzstandard und das Volumen der wöchentlich möglichen Höchst-arbeitszeiten sollten dabei unverändert beibehalten werden.

[Unseren Antrag dazu finden Sie hier!](#)

# Die Umweltwoche im Schloss Bellevue



Ausschuss Ernährung und Landwirtschaft



Parlamentarisches Frühstück Gartenbau



Treffen mit Vertretern vom SAM e.V.

# Veranstaltungshinweise:

Am **Freitag, 07.06.2024 ab 18.30 Uhr** finden Sie mich auf der Jubiläumsfeier der Samtgemeinde Isenbüttel, am Samstag, **08.06.2024 ab 11.00 Uhr** auf dem Gartenfest zum 10 jährigen Jubiläum der Hospizstiftung **und am Sonntag, 09.06.2024** beim Tag des offenen Hofes in Tiddische und Hagen.



## Weiterhin möchte ich schon mal auf meine Bürgersprechstunde hinweisen:

Am **Dienstag, den 18.06.2024 von 16.00 - 17.00 Uhr** in Gifhorn und am **Mittwoch, den 19.06.2024 von 16.00 - 17.00 Uhr** in Peine findet meine Bürgersprechstunde statt.

Während der Bürgersprechstunde besteht die Möglichkeit, Probleme, Vorschläge und Sachverhalte in vertrauensvollem Rahmen mitzuteilen.

**instagram**

**facebook**

Wenden Sie sich bitte für die Terminabsprache per E-Mail unter [ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de) an mein Büro.

---

## Impressum & Kontakt

Wahlkreisbüro Gifhorn  
Steinweg 5  
38518 Gifhorn

[ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de)

Ingrid Pahlmann, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 227 72341

[ingrid.pahlmann@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Peine  
Freiligrathstraße 4  
31224 Peine

[ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de)